

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-000231/2026
an den Rat
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Marc Jongen (ESN)

Betrifft: Antifa-Terroranschlag in Berlin

Am Morgen des 3. Januar wurde ein Brandanschlag auf das Berliner Stromnetz verübt, der 45 000 Haushalte und 2000 Unternehmen tagelang ohne Strom, viele Bürger auch ohne Heizung und adäquate medizinische Versorgung zurückließ. Eine 83-jährige Seniorin starb wahrscheinlich im Zusammenhang mit diesem Terrorakt.¹ Bekannt zu dem Terroranschlag hat sich die sogenannte Vulkangruppe, die bereits zuvor durch gewalttätige Aktionen u. a. gegen die Tesla-Großfabrik in Grünheide bei Berlin aufgefallen war und von deutschen Sicherheitsbehörden dem linksextremistischen Spektrum zugerechnet wird.² In Veröffentlichungen der Gruppe tritt ein umweltextremistisches und radikalfeministisches Weltbild zutage, außerdem eine Nähe zur Antifa-Ideologie.

1. Welche Verbindungen zwischen der Vulkangruppe und anderen Gruppen sowie Einzelpersonen des linksextremistischen bzw. Antifa-Spektrums sind dem Rat namentlich bekannt?
2. Welche konkreten Maßnahmen (z. B. Reiseverbot, Einfrieren der Vermögenswerte, Kriminalisierung der Anwerbung von Neumitgliedern) plant der Rat gegen die Vulkangruppe, ihre Mitglieder und gegebenenfalls mit ihr in Verbindung stehende Organisationen und Einzelpersonen?
3. Welche weiteren Maßnahmen plant der Rat, um die Bevölkerung und kritische Infrastruktur vor linksextremen Terroranschlägen wie dem in Berlin zu schützen?

Eingang: 21.1.2026

¹ <https://www.merkur.de/deutschland/berlin-mehrere-stadtteile-tagelang-betroffen-bekennerschreiben-aufgetaucht-massiver-stromausfall-in-94107519.html>.

² <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/vulkangruppe-anschlag-berlin-100.html>.